

Welches Wissenschaftszeitvertragsgesetz braucht gute Wissenschaft?

Wissenschaftliche Karrieren sind risikoreiche Unternehmungen, besonders in Deutschland. Dazu trägt – wie nicht erst seit der Protestbewegung um den Hashtag #IchbinHanna kritisiert wird – das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) maßgeblich bei. Das Gesetz erlaubt es den Forschungsinstitutionen, ihr wissenschaftliches Personal bis zu 12 Jahre lang befristet anzustellen, wonach es für die Mehrheit zu einem faktischen Einstellungsstopp kommt. Bekanntermaßen drängt der aufgrund des Mangels an Anschlussstellen entstehende „Flaschenhals“ viele Hochqualifizierte aus ihrem Beruf heraus. So unterschiedlich dieser Umstand von Interessengruppen bewertet wird – dass Reformbedarf besteht, scheint inzwischen weitgehend Konsens. So sieht es auch der Koalitionsvertrag der Ampelregierung vor; bis Jahresende soll ein Gesetzesentwurf erarbeitet werden. Darüber, was wie und auf welcher Basis zu reformieren sei, gehen die Vorstellungen allerdings weit auseinander. Unterschiedliche Evaluationen des bisherigen Gesetzes liegen inzwischen vor (BMBF: <https://www.bmbf.de/SharedDocs/Downloads/de/2022/abschlussbericht-evaluation-wisszeitvg.html>); NGAWiss: <https://mittelbau.net/evaluation-des-wisszeitvg/>). Sie unterscheiden sich aber deutlich hinsichtlich ihrer Problemstellungen. Von der Frage, wie sich Vertragslaufzeiten entwickelt haben, bis zu der, ob das Gesetz der Wissenschaftsfreiheit schade oder ob es mühsam aufgebaute Expertise vernichte, sind sehr eng oder sehr weit gefasste Problematisierungen möglich. Im Anschluss an die Evaluationsergebnisse sind nun auch die Vorschläge zur Reform des Gesetzes zahlreich und vielfältig (siehe die Sammlung von Vorschlägen unterschiedlicher Organisationen <https://mittelbau.net/die-fachgesellschaften-und-interessenvertretungen-zur-wisszeitvg-novelle/>).

Die geplante Podiumsdiskussion soll mit Blick darauf mehreres leisten. Zentral geht es darum, einen Dialog zwischen Hochschulrektor:innen und Betroffenenvertretungen über ihre stark voneinander abweichenden Reformvorstellungen zu führen. Bislang findet dieser Dialog meist als ein medialer Schlagabtausch statt, in dem die einen Vorschläge als „Wolkenschieberei“ abgetan, die anderen als Verschlimmbesserungen wahrgenommen werden. Solch ein Schlagabtausch legt es beiden Seiten nahe, jegliche Sachdiskussion als interessengelenkt darzustellen. Die eine Seite formuliert dann den Vorwurf an die Beschäftigten, sie forderten nur bequeme Positionen für sich selbst, ignorierten die Herausforderungen des Forschungsmanagements und die Erfordernisse mancher Wissenschaftskulturen; die andere Seite mutmaßt, die verwaltungsseitig geforderte „Flexibilität“ diene in Wahrheit der Kostenersparnis und nehme dafür außer Dauerüberlastung und existenzieller Unsicherheit der Beschäftigten auch Qualitätseinbußen für die Wissenschaft selbst in Kauf. Im Zuge solcher Stellungnahmen laufen die Argumentationen bislang eher parallel, als dass sie miteinander verhandelt würden.

Ein solcher Dialog setzt sachlich fundierte Einordnungen voraus. Das involviert mehrere Problemdimensionen, die die Veranstaltung anzusprechen und nach Möglichkeit verknüpfen soll:

- Eine erste besteht in der wissenschaftssoziologischen Einordnung: Was bedeutet es für die Wissenschaft (das heißt: die sie ausübenden Menschen ebenso wie die von diesen erzeugten Produkte), wenn vor allem auf Zeit und Output gespielt werden muss? Welche Folgen hat es für sie, wenn der Wettbewerb, der zu Höchstleistungen anstacheln soll, mehr über das Risiko unplanbarer Lebenslagen als über das Risiko geführt wird, auf dem Erkenntnisweg gelegentlich in die Sackgasse negativer Ergebnisse abzubiegen?
- So sehr angenommen werden kann, dass die erste Frage alle Wissenschaften betrifft, so deutlich ist auch, dass bereits die gegenwärtige Gesetzeslage für verschiedene Fächergruppen deutlich unterschiedliche Konsequenzen zeitigt. Nicht nur implizieren verschiedene Publikationskulturen, dass Wissenschaftler:innen auf oft sehr unterschiedlicher Basis (und in sehr unterschiedlichem Alter) als berufbar gelten, es spielen auch Passfähigkeitsfragen für und Verdienstmöglichkeiten auf dem außeruniversitären Arbeitsmarkt eine Rolle: Während man etwa Physiker:innen immer häufiger klagen hört, dass sie Postdocstellen kaum noch besetzen könnten, resultiert das besonders hohe Berufungsalter in den Geisteswissenschaften anscheinend daraus, dass ein Verfolgen der Wissenschaftskarriere auch unter prekären Bedingungen immer noch attraktiver scheint, als sie aufzugeben. Die komplementären Probleme haben aber offenbar eine gemeinsame Wurzel.
- Auffällig ist an den bisher publizierten Reformvorschlägen, dass nicht nur die Vorstellungen von Arbeitgebenden und Beschäftigten sich deutlich voneinander unterscheiden, sondern auch Vorstellungen von Institutionsspitzen und Fachvertretungen (soweit diese sich bisher zu Wort gemeldet haben). Wer vertritt also „die Wissenschaft“ und mit welchen Argumenten? Welche Arbeitsformen und -möglichkeiten braucht Wissenschaft? Hierzu gehen die Vorstellungen offenbar auseinander – was auch die Frage einbezieht, in welchem Maße Forschung über befristete Projektmittel finanziert werden sollte und inwiefern dies gesetzlich befördert, behindert oder überhaupt gelöst werden kann.

Die Frage, wie das WissZeitVG reformiert werden soll, betrifft die Architektur des Wissenschaftssystems im Ganzen. Es wird zu diskutieren sein, in welchem Maße systemische Probleme überhaupt über die Stellschraube des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes gelöst werden können. Auch hierin kommen unterschiedliche Stakeholder-Gruppen nicht unbedingt zu den gleichen Einschätzungen. Einig sind sich vermutlich alle Gruppen, dass der Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes eine große Bedeutung für die Entwicklung der Wissenschaft in Deutschland zukommt, und dass es in deren Sinne ist, diese Frage mit Bedacht für Langzeitwirkungen zu lösen. Umso wichtiger scheint uns, dass der Dialog darüber nicht als mehrstimmiger (und bisweilen dissonanter) Chor, sondern als sachkundiger, produktiver Dialog geführt wird. Dazu möchte das Kulturwissenschaftliche Institut Essen, in Kooperation mit dem Netzwerk für gute Wissenschaft, herzlich einladen.